

bz, 18.06.2020

Regierung lehnt Bildungsinitiative entschieden ab

Ohne Gegenvorschlag Die Baselbieter Regierung lehnt die Volksinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren» ab. Sie verzichtet auf einen Gegenvorschlag. Das Kernanliegen der Initiative ist laut Regierung bereits erfüllt. Der Regierungsrat begründet die Erfüllung des Kernanliegens in seiner Mitteilung vom Mittwoch damit, dass der Lehrplan für die Sekundarschule bereits um Grobziele, Inhalte und Treffpunkte sowie um eine Leistungs- und Jahrgangsdifferenzierung ergänzt worden sei. Die Ergänzungen seien erfolgt, nachdem das Volk dem Gegenvorschlag zur Initiative «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen» im Juni 2018 zugestimmt hatte.

Auch laufe zum Lehrplan für die Sekundarschule seit 2018 ein «schweizweit einmaliger systematischer Rückmeldeprozess». So könnten alle Lehrpersonen der Baselbieter Sekundarschulen über die schulinternen Fachschaften Rückmeldungen zum Lehrplan geben.

Mit dem Festlegen einer willkürlichen maximalen Anzahl an Kompetenzbeschreibungen würde der systematische, fachlich breit abgestützte Rückmeldeprozess zum Lehrplan für die Sekundarschule übersteuert, heisst es weiter. Dies würde zu massiven zeitlichen Verzögerungen und zusätzlichen Kosten führen. Die Initiative wurde im September 2018 vom Komitee «Starke Schule beider Basel» lanciert. (sda)